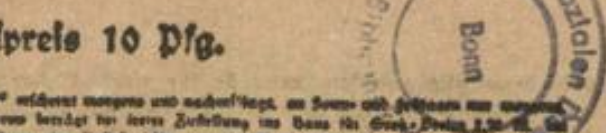


Die „Vorwärts“ wird am Montag und nachmittags, am Sonntag und Feiertagen nur am Morgen...
Vertrieb: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 10 III.
Verleger: Hans Neeben 1893 und 1919.

XX 38
Jahrespreis: Berlin NW 4, Schiffbauerdamm 10 III.
Verleger: Hans Neeben 1893 und 1919.



Die

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Jahrgang 2

Mittwoch, den 12. Februar 1919

Nummer 76

Die neue Regierung.

Das neue Ministerium.

Weimar, 11. Februar.

Wie wir aus parlamentarischen Kreisen hören, fand heute Abend im Schloß eine Besprechung der Fraktionsvorsitze der Mehrheitsparteien mit dem neugewählten Reichspräsidenten Ebert über die Frage der Kabinettsbildung statt. Nach den bisherigen Dispositionen der Parteien dürften die Reichämter wie folgt besetzt werden:

Ministerpräsident: Schiebemann (Sozialdemokrat); Vizepräsident: Preuß (Demokrat), der gleichzeitig die Führung des Reichsamts des Innern übernehmen wird; Reichsverteidigungsamt: Kroll (Sozialdemokrat); Reichsarbeitsamt: Bauer (Sozialdemokrat); Reichsernährungsamt: Gersch (Zentrum); Reichsjustizamt: Petersen (Demokrat); Reichspostamt: Wiesbert (Zentrum); Reichsfinanzamt: Schiffer (Demokrat); Reichswirtschaftsamt: Wiffel (Sozialdemokrat); Reichsjustizamt: Landsberg (Sozialdemokrat); Auswärtiges Amt: von Brockdorff-Rausan.

Als Minister ohne Portfeuille werden genannt: Dr. Daxhoff (Sozialdemokrat), Que (Sozialdemokrat) und Gruber (Zentrum).

Kein Staatsbankrott.

In einer durch Wohl verbreiteten Erklärung bestritt der preussische Finanzminister Eudelum, daß er den Staats- oder Reichsbankrott angekündigt habe. Er habe nur im Zusammenhang mit einer Erörterung über die formale Ausgestaltung der Steuererhebung in der Zukunft den Ausdruck gebraucht, daß die Steuerpflichtigen mit derselben Bewilligungswilligkeit wie ein insolvent gewordener Kaufmann — also ein Bankrotter — den Stand ihres Vermögens und ihres Einkommens den Behörden darzulegen hätten, damit auf Grund ganz einwandfreier Angaben eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Lasten im ganzen Reiche vorgenommen werden könne. Er habe schon früher die Finanzlage des Landes immer wahrheitsgemäß als sehr gespannt geschildert, aber auch der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zu einer Verrückung kein Anlaß vorliege, umso weniger, als wir hoffen dürfen, durch die Verfeinerung der Besteuerungsmethoden und durch die Erschließung neuer Steuerquellen die Ordnung in den Finanzen aufrecht zu erhalten, wenn wir erst einmal wieder zu normalen Preisen des Lebensbedarfs und damit auch zu normalen Lohn- und Gehaltsverhältnissen zurückgekehrt sein werden.

Wenn der Zusammenbruch der Finanzen vermieden werden soll, so darf die Verfeinerung der Besteuerungsmethoden nicht an irgend welche Voraussetzungen geknüpft werden. Insbesondere muß die Kontrolle der Einkünfte der Höheren Einkommen und Vermögen mit genau derselben Schärfe gehandhabt werden, wie bei den Einkommen unter 3000 Mark. Eine dementsprechende Milderung der Besteuerungsmethoden ist von allergrößter Dringlichkeit.

Hege gegen das Rätesystem.

Der Aufruf der Parteileitung und der Fraktion der U. S. V. D. hat in der bürgerlichen Presse sehr wenig Freude hervorgerufen. Insbesondere ist es das Organ der Regierung, die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die seinen Sinn arglistig entstellt, um daraus eine neue Hege zu rekonstruieren. Da das Blatt laienhafte Einwendungen gegen den Inhalt des Aufrufs nicht zu erheben vermag, sucht es die Lasten, daß er sich an die Arbeitermassen außerhalb des Parlamentes wendet, so darzustellen, als ob er an die Gewalt appelliere. Das ist selbstverständlich eine grobe Verfälschung der öffentlichen Meinung. Aber da die ganze Politik der Regierung darauf hinauszielt, unbedeutende Meinungen mit Hilfe ihrer Soldatenschar zu unterdrücken, so ist das nur einer der vielen Versuche, eine äußerliche Rechtfertigung für neueobschaltete Gewaltmaßnahmen zu finden.

Noch schlimmer aber geht der „Vorwärts“ vor. Die treffende Kennzeichnung der Politik der Rechtssozialisten, die der Aufruf enthält, haben ihn in eine Wut veretzt, in der er keinen Beifern die tollsten Gedankenäußerungen als heroische Weisheiten anzuapieren sucht. Besonders mißfällig ist er über die Feststellung, daß die Rechtssozialisten sich nicht

mit den Demokraten zur Regierungsbildung vereinigen, sondern auch mit dem Zentrum. Also mit derjenigen Partei, die den Wahlkampf gegen die Rechtssozialisten in Anlehnung an die reaktionärsten Parteien geführt hat und die alle volksfeindlichen Handlungen mit Anbrunst zu fördern sucht.

Wenn der „Vorwärts“ die Politik der U. S. V. D. als „nationalliberal“ bezeichnet, so erwidern wir darauf: Nationalliberaler Politik ist eine haltlose, grundlos und innerlich unwahre. Eine solche Haltung aber haben während des Krieges die Rechtssozialisten begonnen und sie auch jetzt während der Revolution fortgesetzt. Sie sind es, die nur, um an der Herrschaft zu bleiben, sich mit Demokraten und Zentrum verbinden, also mit den erklärten Feinden des Sozialismus. Sie sind es, die Nationalliberalen wie Herr Schiffer nicht nur in die Regierung festgehalten haben, sondern auch ins neue Ministerium aufnehmen.

Aber aus all dem spricht die Angst vor den Arbeiterräten. Man fühlt, daß man diese verhasste Institution doch nicht so leicht wieder los wird. Man weiß, daß die Forderung der U. S. V. D. nach gezielter Einsetzung des Systems der Arbeiterräte zur Förderung aller Arbeiter werden wird, um die revolutionären Errungenschaften vor dem kirikal-nationalliberal-fortschrittlichen-rechtssozialistischen Bund zu schützen. Und deshalb das Geschrei und die Geheul.

Der Zentralkrat gegen den Reichsfoldatentat.

Berlin, 11. Februar. In der Sitzung des Zentralrates vom 10. Februar wurde unter anderem ein Schreiben der Delegierten der Kampfvolkenten beraten, in welchem eine große Anzahl Forderungen formuliert waren, vor allem die Schaffung eines Reichs-Soldatentates, die der Zentralrat in dieser Form als undurchführbar ablehnen mußte.

Alarmzustand in Hamburg.

Hamburg, 11. Februar. Bis zur restlosen Durchführung der Waffenablieferung ist der Alarmzustand verhängt. Sicherheitsmannschaften durchziehen die Straßen und gehen bekannt, daß die Waffen sofort abzuliefern sind. Zuwiderhandelnde verfallen dem Standrecht. Die Sicherheitsmannschaften gehen auch in die Häuser und durchsuchen die Räume. Dieses Vorgehen zusammen mit anderen Maßnahmen der Sicherheitsmannschaften wird die Durchführung der Entwaffnung unlautezer Elemente beschleunigen.

Die westdeutsche Republik.

Braunschweig, 11. Februar. Der Kongress zur Gründung einer Westdeutschen Republik fand heute vormittag nach zweitägiger Tagung seinen Abschluß. Wie das Amtsblatt berichtet, entspricht das Ergebnis des zweiten Kongresses voll den Erwartungen. Die Grundlagen für eine Westdeutsche Republik seien demnach gelegt. Die Aussprache brachte mit wenigen Ausnahmen das volle Einverständnis mit dem Zusammenschluß der westdeutschen Gebiete zu einer einheitlichen Föderation gegen die „Konterrevolution“ und zu einer Macht für die Durchführung der sozialen Revolution zum Ausdruck. Die rheinisch-westfälischen Arbeiterkreise beherzigen ein hartes Kampfschicksal. Die Arbeitermassen seien entschlossen, den Kampf um die Errungenschaften der Revolution bis zum äußersten zu führen und im Notfall den wirtschaftlichen Kampf in den schärfsten Formen auszunehmen. — Der Kongress beschloß eine Zentralkomitee in Hagen zu errichten für die Zusammenfassung der A. und S. Räte Westdeutschlands und zunächst drei Kommissariate zu bilden, welche die gemeinschaftlichen Fragen zu erledigen und insbesondere auch die Errichtung einer Volkswehr sofort in die Wege zu setzen haben. Nachdem die Kommissariate die Vorarbeiten erledigt haben, wird ein neuer Kongress stattfinden.

Eine internationale Frauenkonferenz.

Bern, 11. Februar. In den nächsten Tagen findet in Bern eine internationale Frauenkonferenz für die Wälderhandlung statt. Die Beteiligung von bürgerlichen und sozialistischen Frauen aus neun Ländern ist gesichert.

„Habemus Papam!“

An diesen Ruf, mit dem gewöhnlich die Wahl eines neuen Papstes durch die Kardinäle dem Volke verkündet wurde, wird man unwillkürlich erinnert, wenn man die Berichte über die Wahl Eberts zum provisorischen Reichspräsidenten liest. Wie ein Aufatmen geht es durch die bürgerliche Welt, daß das Reich sein traditionell erforderliches Oberhaupt bekommen habe. Und man nimmt es vorläufig gerne mit in den Kauf, daß dieses Oberhaupt ein „Arbeiter“, ein „Sozialist“ ist, wenn nur das Prinzip des staatlichen Oberhauptes selbst gerettet worden ist. Unsere Genossen in der Nationalversammlung haben sich gegen die Wiederaufrichtung dieses Prinzips, das bei der monarchischen Verkörperung des deutschen Volkes doppelt gefährlich ist, mit aller Entschiedenheit gewehrt. Genosse Dr. Oskar Cohn hat in seiner vorzüglichen Rede der Mehrheit zugerufen: „Wir haben von der Monarchie ein für alle mal genug und möchten sie nicht auf dem Umwege einer republikanischen Monarchie wieder einführen!“ Er ist nun namens unserer Fraktion vor, um nach dem Muster der Schweiz ein Kollegium von gleichberechtigten Männern als ein Bundespräsidium oder ein Reichspräsidium zu setzen. Der Vorschlag fand bei den Mehrheitsparteien keine Gegenliebe: die monarchischen Bestrebungen der bürgerlichen Parteien begegnen sich mit der Majorität der mehrheitssozialistischen Partei, die ihre Position für gesichert hält, wenn die leitenden Posten in der Regierung von ihren Leuten besetzt sind. Unwillkürlich denkt man an die Sandwurstlade zurück, die am 6. Dezember, dem Tage der blutigen Ereignisse in der Schauffstraße, von einem Trupp irrezuleiteter Soldaten in der Wilhelmstraße aufgeführt wurde. Auf die Frage des Soldaten Spiro, ob Ebert dem Rufe Folge leisten würde, die Würde des Präsidenten der deutschen Republik anzunehmen, antwortete Ebert nicht, wie es seine Pflicht gewesen wäre, mit einem klaren Nein, sondern mit den diplomatisch-bedeutenden Worten, er könne und wolle den „Ruf“ nicht annehmen, ohne vorher mit seinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben.

Damals mutete diese Szene wie ein etwas überreifes Zwischenspiel in der großen Revolutionsdramatik an, die in ihrem Vorwärtsstreben die kleine Szene schnell vergessen machte. Jetzt ist sie — in ärgerlicher, bombastischer Aufmachung — ein Teil der Tragödie selbst geworden. Die Präsidentschaft Eberts ist ein Akt in dem tragischen Spiel der revolutionären und konterrevolutionären Gewalten geworden.

Der Parteigenosse Eberts, Dr. David, der den Präsidentschaftstuhl der Nationalversammlung verunziert, hat den schlichten Gehmaß belesen, in seiner gestrigen Kundgebungsrede an Ebert dessen Verdienste um die Erhaltung der Revolution seit dem 9. November zu feiern. Diese Rede ist ein Programm. Sie zeigt uns, was die führenden Männer der Rechtssozialisten, die jetzt — unter äußerer Mithilfe des Bürgermeisters — die Reichspolitik „machen“, unter Sicherung der Revolution und der sozialen Demokratie verstehen.

In Wirklichkeit stehen wir jetzt mitten drin in einer Periode, deren Wahrzeichen die völlige Vereitlung aller Errungenschaften der Novemberrevolution ist. Das Entscheidende ist hier nicht die Nationalversammlung und die Notwendigkeit der Wahrung auch der Interessen der nichtproletarischen Schichten der Bevölkerung. Das eine wie das andere ließe sich ganz gut auch mit einer grundabtrennen revolutionär-sozialistischen Politik in Einklang bringen. Entscheidend ist aber, daß die Führer der rechtssozialistischen Partei diese revolutionär-sozialistische Politik nicht wollen! Entscheidend ist, daß sie durch ihre Haltung in den letzten zwei Monaten den Beweis erbracht haben, wie sehr sie aus dem vorwärtsdrängenden Strom der proletarischen Revolution, die eine neue Welt aufbauen will, sich zurückziehen in den stillen Hafen des bürgerlichen Parlamentarismus, in den Stumpf des Fortwurstleins und Bergmüllens an den brüchigen Formen des Kapitalismus.

Diese Haltung der Mehrheitsführer hat sie in Geachtlos gebracht zu den Bestrebungen der sozialistischen Avantgarde der Arbeiterschaft. Wären noch Millionen Unauf-

